

50 Jahre Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/51. Jahrgang

November 2020

Schutzgebühr: 0,40 €

Radfahren in Gießen – mehr Frust als Lust

Im Vergleich zu anderen Städten mit vielen Studierenden ist in Gießen der Anteil der Radfahrer am Straßenverkehr gering. Kein Wunder, als besonders Radler-freundlich kann man die Verkehrsplanung in Gießen nicht bezeichnen. Es gab hin und wieder kleine Fortschritte – mal eine Verbesserung der Verkehrsführung an einer Kreuzung, mal die Freigabe von Einbahnstraßen für Räder, hier ein neuer Schutzstreifen, dort ein kleines Fahrradsträßchen, ab und zu wird auch mal die Mitbenutzung eines Fußweges erlaubt. Zu einer grundlegenden Verbesserung fehlt den Verantwortlichen aber der Wille und/oder der Mut.

Die Förderung des Radverkehrs wird noch als eine Hilfestellung für eine Minderheit angesehen. Stattdessen sollte sie als wichtiger Teil der zur Erreichung der Klimaziele notwendigen Verkehrswende eingestuft werden. Bis

Vor der Kommunalwahl im März 2021 wollen wir eine Radtour mit euch durchführen, bei der wir für Radler problematische Stellen in Gießen anfahren. Wer Vorschläge hat, wo diese Tour vorbei führen sollte, kann dies der Redaktion mitteilen.



jetzt beansprucht der motorisierte Individualverkehr ca. 90% des Verkehrsraums. Es wäre notwendig, mehr von diesem Raum den Radfahrern und Fußgängern zuzubilligen. Dann könnten ganze Fahrspuren zu Radwegen werden, Straßen könnten zu Einbahnstraßen werden, um Platz zu schaffen, und Parkreihen könnten Fahrradstreifen weichen.

Hier ein paar Beispiele für die Misere: In der Ludwigstraße, einer wichtigen Verbindung zu Uniklinik und Naturwissenschaften, gibt es keinen Platz für Radfahrer. An der Frankfurter Straße endet der Radweg vor dem Elefantenklo. Radler, die links abbiegen wollen,

müssen sich an vielen Kreuzungen zwischen die Autos mischen oder ihr Rad über die Fußwege schieben. Fernradwege, wie der Lahnradweg, streifen die Stadt nur und sind nicht durchgehend beschildert, ihre Kennzeichnung endet im Stadtgebiet. Die Fahrer müssen den Weg durch die Stadt alleine finden.

Viele Autofahrer und Fußgänger ärgern sich über Radler, weil zu viele von ihnen den Fußweg nutzen, gegen die Einbahnstraße fahren, rote Ampeln missachten oder im Dunkeln ohne Licht unterwegs sind. Das ist aber kein Grund, die Förderung des Radverkehrs zu unterlassen.

Gernot Linhart

Inhalt

Schwanenteich / Homeoffice	S. 2
3. Oktober / Asklepios	S. 3
Wohnbau / Frieden in Palästina? / Pfandringe	S. 4
Fleischindustrie / Infostand	S. 5
50 Jahre Gießener Echo / Der Name der Krise	S. 6
Vergessener Kampf für den Frieden / Ria Deeg	S. 7
Leserbrief / Termine	S. 8

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Schwanenteich wieder gegen Stadtregierung verteidigen? Uferweg ausbessern: Sofort! - Abholzen: Nein

Wer erinnert sich noch an das „Bitterling-Projekt“ der Landesgartenschau (LAGA) 2014? Eine Erfindung der Stadtregierung aus Grünen und SPD:

Steuergelder sollten abgegriffen werden, um den Schwanenteich LAGA-tauglich zu machen. Die Stadtregierung erhob den asiatischen Kleinfisch „Bitterling“ zu einer Seltenheit und verbreitete „entsetzt“, der Schwanenteich verliere Wasser.

Dies gehörte zu einer Serie von Täuschungen, um den renitenten Gießenern die LAGA schmackhaft zu machen. 2,6 Millionen Euro sollten vergeudet werden.

Aber die Gießener ließen sich nicht für dumm verkaufen. Mit einer 500-köpfigen Menschenkette

um den Schwanenteich und über 3.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren durchkreuzte die Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ die Pläne: Beseitigung von Bäumen und Büschen am Ufer, Begradigung des Teichrandes, ein Lkw-tauglicher Uferweg. Das Stadtparlament musste diesen Naturfrevel unter öffentlichem Protest zurück nehmen.

Heute ist man über die Rettung froh, denn so können Gießener in den extrem heißen Sommermonaten unter den kühlenden Bäumen spazieren und die Wasservögel finden am Teichrand immer noch einige Schutzzonen.

Jetzt bringt das Magistratsmitglied Weigel-Greilich den „Bitterling“ wieder in die Presse. Wieder wird

der Schrecken vom Wasserverlust an die Wand gemalt. Dies ist durch Untersuchungen der Stadt seit Jahren bekannt. Warum wurden die Löcher bisher nicht ausgebessert? Warum fahren trotzdem die Kleinlastwagen des Gartenamtes seit Jahren wöchentlich mehrmals darüber?

2014 wurde ein falsch konzipiertes Zulaufbauwerk an der Wieseck errichtet, das dem Schwanenteich kein Wasser bringt. Auch Nachbesserung schaffte keine Abhilfe. Ratlosigkeit herrschte im Magistrat! Vielleicht bittet Frau Weigel-Greilich die Stadtoberen zum Regentanz...! Aber auch der Würde von der Bürgerinitiative „Wieseckkaue“ aufmerksam beobachtet werden. M. Berger

Homeoffice und Heimbeschulung

Aufgrund des Infektionsschutzes wurden in den letzten Monaten vermehrt ArbeitnehmerInnen mit Bildschirmarbeitsplätzen nach Hause geschickt. In einigen Fällen konnten Familien die Betreuung ihrer Kinder, ohne die Möglichkeit des Homeoffice, nicht mehr sicherstellen. Nach der Phase der erzwungenen Heimarbeit kamen die Arbeitgeber auf den Geschmack dieser Arbeitsweise.

Das Homeoffice, als räumlich flexibel gestaltete Arbeit, bringt jedoch häufig eine genauso zeitlich flexibel gestaltete Arbeitszeit mit sich. Doch die Trennung von Arbeits- und Privatleben wird zur Herausforderung für die Beschäftigten. Die wenigsten Betriebe unterstützen ihre Beschäftigten in der Frage der Arbeitsgestaltung. Während am Arbeitsplatz meist gesetzliche

Regelungen vorherrschen, neben dem provisorischen Arbeiten von zuhause, Heimbeschulungen durchzuführen.

Frauen blieben in der Coronakrise noch häufiger daheim, wie aktuelle Studien zeigen. Soweit das Arbeiten von zuhause nicht möglich war, musste hierfür unbezahlte Freistellung in Anspruch genommen werden. Wenn Frauen in den Betrieben nicht präsent sind, gerät die Frage der gleichen Bezahlung in den Hintergrund.

Es ist die akute Aufgabe der Gewerkschaften mit den Beschäftigten zusammen Regelungen festzulegen und das Arbeiten von zuhause nicht blind als Errungenschaft hinzunehmen, sondern sie vor der Isolierung zu schützen. Fragen der Entgeltgerechtigkeit, Arbeitssicherheit und unbezahlten Sorgearbeit durch Frauen, müssen auch in der Krise Beachtung finden und dürfen nicht als individuelle Probleme ins Homeoffice verlagert werden.

Frieda Maibach



Regelungen vorherrschen, der Austausch mit KollegInnen möglich ist und den Beschäftigten Betriebsräte zur Seite stehen, landen sie zuhause alleingelassen an provisorisch eingerichteten Schreibtischarbeitsplätzen mit teils schlechter Erreichbarkeit.

Am Anfang der Pandemie kam zudem für viele die Frage der Betreuung der Kinder auf, was dazu führte, dass Eltern gezwungen

Der 3. Oktober war für mich kein Tag zum Feiern

Kommentar von Tobias Salin

Bis zu meiner Geburt konnten meine Großeltern noch jährlich zwei Mal Urlaub machen und ein kostenloses Gesundheitssystem genießen. Sie haben nur 30 Mark Miete gezahlt.

Meine Oma kam in ihrer ersten Ausbildung mit ihrem Ausbilder nicht klar und wechselte ohne Probleme zu einem anderen Ausbildungsbetrieb, Arbeitslosigkeit hatte sie nie zu befürchten.

Meine Mutter konnte ihr Hobby zum Beruf machen und bemalte die Kino-Foyers in Leipzig mit Szenen aus den neuesten DEFA-Produktionen.

Mein Vater stellte das noblere DDR-Auto - den Wartburg - her, mein Opa arbeitete in der Wertpapierdruckerei.

Alle lebten in der DDR, doch diese starb mit meiner Geburt im Oktober

1990 und meine komplette Familie wurde durch den Ausverkauf der DDR arbeitslos.

Mein Opa verfiel in eine schwere Depression, weil er es kaum ertragen konnte, nichts mehr für die Gesellschaft tun zu können. Mein Vater versuchte sich in unzähligen neuen Jobs, machte Ausbildungen zum Krankenpfleger, zum Landwirt und zum Lokführer. Meine Mutter versuchte sich als Köchin, Ladenverkäuferin, selbstständige Künstlerin und Hauswirtschafterin in der Altenpflege. Ich zog in meinen ersten zehn Lebensjahren vier Mal um (Leipzig, Brandenburg, Hamburg, Thüringen) und besuchte drei verschiedene Grundschulen, weil meine Eltern immer wieder neuen Jobs hinterherziehen

mussten.

Meine Großeltern leben mittlerweile in Altersarmut in Thüringen, meine Oma wird langsam blind, weil das Medikament, das diesen Prozess aufhalten könnte, nicht mehr hergestellt wird - es hat sich für die Pharmaindustrie nicht rentiert. Meine Mama ist verschuldet und arbeitet als Betreuerin für Suchtkranke für einen Lohn knapp über dem Mindestlohn.

Trotz all dieser kapitalistischen Greuelthaten haben sie alle nie ihre Herzlichkeit verloren. Sie würden nach wie vor ihr letztes Hemd für andere geben. Der kapitalistische Konkurrenzkampf ist ihnen nach wie vor fremd und der Sozialismus bleibt eine Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn.

Uniklinik – Asklepios bringt Unruhe

Seit einigen Monaten ist die Asklepios-Gruppe Besitzerin und Betreiberin des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM). Dieser Konzern ist dafür bekannt, in seinen Häusern ein „Herr-im-Haus“-Prinzip zu bevorzugen: keine Tarifverträge und möglichst keine Betriebsräte.

Im UKGM wird er damit aber nicht durchkommen. Schon kurz nach der Übernahme zeigten die Belegschaften mit einer beeindruckenden Demonstration in Gießen, was sie von ihrem neuen Dienstherrn halten. Ende September gab es an zwei Tagen Warnstreiks mit Aktionen in der Stadt. Die Streikenden unterstützten dabei ihre Gewerkschaft ver.di bei Tarifverhandlungen, in denen es um Gehaltserhöhungen und bessere Eingruppierungen geht. Bei Redaktionsschluss waren die Verhandlungen jedoch noch nicht abgeschlossen. Wir wünschen den Kollegen viel Erfolg.

Auch die Universitätsleitung macht sich Sorgen - für die Ausbildung der Medizinstudierenden und die medizinische Forschung ist sie auf die Kliniken angewiesen. In einer nicht öffentlichen Sitzung des Senats wurden die Probleme

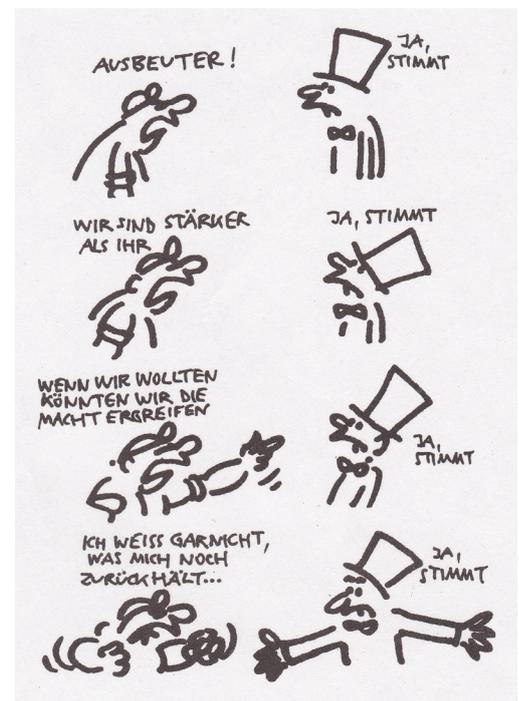
besprochen. Anscheinend gibt es Differenzen bei der Berufung von Professoren. Diese werden von der Fakultät berufen, brauchen aber einen Chefarztvertrag mit der kommerziell orientierten Geschäftsführung.

Offensichtlich stellt Asklepios auch höhere finanzielle Forderungen an die Universität als die Rhön AG. Bei der sogenannten Trennungsbuchrechnung werden die Kosten für Forschung und Lehre und die für Krankenversorgung unterschieden. Asklepios will wohl einen deutlich höheren Betrag für Allgemerkosten wie Strom, Heizung, Reinigung usw. in Rechnung stellen.

Der Presse gegenüber sagte der Unipräsident Mukherjee: „Man kann mit einer Uniklinik kein Geld verdienen“, die Renditeerwartungen müssten „heruntergedimmt“ werden. Da tut er genauso naiv wie 2012 die damalige Wissenschaftsministerin Kühn-Hörmann, die in einer Diskussion über die Folgen der Privatisierung meinte: „Damals konnte man ja nicht wissen, dass die Gewinn machen

wollen.“ Profit ist nun mal das Ziel von Kapitalisten, das kann man ihnen genauso wenig abgewöhnen, wie einer Katze das Mäusen. Wer eine Krankenversorgung ohne Profitorientierung haben will, muss dafür sorgen, dass Kliniken wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden.

Gernot Linhart



Wohnbau: Profit statt neue Wohnungen



Wieder einmal hat ein kommunaler Betrieb hohe Gewinne gemacht. Die Wohnbau Gießen weist für das Geschäftsjahr 2019 einen Gewinn von 2,2 Millionen Euro aus.

Schön für die Wohnbau, schön für die Stadt, aber auch schön für die Mieter? Eher nicht, denn sie mussten diesen Gewinn ja aufbringen. Ziel eines kommunalen Betriebes sollte es aber nicht sein, hohe Profite zu machen, sondern seine Dienstleistungen möglichst gut und günstig zu erbringen. In Gießen fehlen Sozialwohnungen, jedes Jahr fallen welche aus der Sozialbindung heraus. Im vergangenen Jahr hat die Wohnbau 58 neue gebaut. Mit dem erzielten Gewinn und den derzeit leicht zu erhaltenden billigen Krediten hätten es locker doppelt so viele sein können.

Gernot Linhart

Bringt der Trump-Plan Frieden in Israel / Palästina?

Im voll besetzten Raum der Kongresshalle referierte am 21.10. Georg Rashmawi über die Geschichte Palästinas und den seit 70 Jahren anhaltenden Konflikt mit der Regierung Israels.

Er betonte, dass die Palästinenser nicht die Religion des Judentums kritisieren, sondern die Regierung Israels, die permanent gegen das Völkerrecht handelt. Die Kritik an deren Politik und der Aufruf der Palästinenser zum weitgreifenden Boykott und Investitionsentzug gegen Israel sei kein Antisemitismus. Sogar die UN erkennt die Besetzung Palästinas durch Israel nicht an.

In der anschließend stattgefundenen lebhaften Diskussion stellte Rashmawi fest, dass kein Volk der Erde akzeptiert unterdrückt zu werden. Die palästinensische Gemeinde wünsche sich einen Staat für alle.

Am Ende der Versammlung wurde von den Anwesenden über 100.- Euro für ein palästinensisches Frauenprojekt gespendet.

Martina Lennartz



Georg Rashmawi von der Palästinensischen Gemeinde Deutschlands

Gießen testet „Pfandringe“



Der Magistrat stellte 2017 den Antrag, „Pfandringe“ an Gießener Abfalleimern anbringen zu lassen. Auf denen sollen Pfandflaschen abgestellt werden, damit Flaschensammler sie mitnehmen können, ohne den Müll durchwühlen zu müssen. Aus diesem Antrag wurde ein Prüfantrag. Nach drei Jahren startet nun der Versuch in der Innenstadt. Vom BID Seltersweg wird der Testlauf unterstützt, auch wenn viele Städte so etwas nicht einführen wollen oder wieder gelassen haben, weil er sich als unpraktikabel erwies.

Schon 2017 stellte Martina Lennartz, Stadtverordnete der Gießener Linken, dazu folgende Fragen: "Gibt das Projekt den Menschen, die auf diese Almosen angewiesen sind, mehr Würde? Wird Armut dadurch nicht zementiert und

schlussendlich verwaltet? Warum sollten die Flaschensammler von dem Projekt abgehalten werden, weiter im Müll zu wühlen? Manche suchen dort nach Essensresten!"

Und auch heute noch gilt, dass die „Pfandflaschenwegschmeißer“ damit nicht das Problem lösen, sondern höchstens ihr eigenes Gewissen beruhigen, sie ihre Flasche getrunken haben und dann gönnerhaft in den Pfandring stecken. Motto: Mein Müll hilft den Armen! Schon 2015 erkannte dazu die *Süddeutsche Zeitung* den praktischen Zynismus: „Vor zwanzig Jahren hätte dieses Land vielleicht noch das Ziel gehabt, eine Gesellschaft zu entwickeln, in der niemand Flaschen sammeln muss, um über die Runden zu kommen.“ Das war, bevor mit der Agenda 2010 und Hartz IV die Grundlage für das Flaschensammeln gelegt wurde. Wenn man armen Menschen in Gießen wirklich helfen will, sollte z. B. die Einkommensgrenze für den Gießen-Pass angehoben oder endlich eine Wärmestube eingerichtet werden.

Ergebnis: Wir halten den Versuch für heuchlerisch.

Martina Lennartz

Bitte die Abgebühren bezahlen und spenden!

Das Gießener Echo bleibt ein verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Achtung! Neue Kontonummer!
Sparkasse Gießen, IBAN:
DE72 5135 0025 0200 5491 46

Es grüßt mit herzlichem Dank das Redaktionskollektiv

Fleischindustrie will Beschäftigte weiter ausquetschen

In den vergangenen Wochen gaben sich die Lobbyisten der Fleischindustrie im Bundestag die Klinke in die Hand. Grund hierfür ist ein Gesetzentwurf aus dem Bundesarbeitsministerium, mit der Intention, Werkverträge und Leiharbeit in der Branche ab 2021 zu verbieten. Zahlreiche Covid-19-Ausbrüche in Fleischfabriken im vergangenen Sommer hatten einer breiten Öffentlichkeit die skandalösen und prekären Arbeits- und Unterbringungsbedingungen vieler dort Beschäftigter vor Augen geführt. Die Politik sah sich nach Jahren des Wegsehens und Verweisens auf folgenlose Selbstverpflichtungen der Fleischindustrie endlich gezwungen, gesetzgeberisch zu handeln.

Dagegen wehren sich die Fleischbarone mit Händen und Füßen. Der Auftrag ihrer Lobbyisten ist es nun, juristische Schlupflöcher zu schaffen. Ihre Strategie zielt vor allem darauf ab, die Leiharbeit aus

dem Verbot auszuklammern. Selbst wenn dies nicht gelingen sollte, muss sich die Fleischindustrie keine Sorgen machen. Schließlich enthält der aktuelle Gesetzentwurf bereits jetzt eine scheunentorgröße Lücke.



Für Fleischerhandwerksbetriebe mit bis zu 49 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt das Verbot nicht. Das stellt eine Steilvorlage für Tönnies und Co dar. Sie müssen

ihre großen Werke nur in kleine eigenständige Subunternehmen filetieren und die Praxis von Leiharbeit und Werkverträgen kann weiter fortgesetzt werden.

Für die Beschäftigten bedeutet dies: Auch in Zukunft bleiben Lohnbetrug, 14-Stunden-Schichten und erhöhte Unfallgefahr durch enormen Arbeitsdruck an der Tagesordnung. Zumindest scheint sich jedoch die häufig katastrophale Unterbringungssituation mit Inkrafttreten des Gesetzes zu verbessern. Laut Entwurf sind Unternehmer künftig verpflichtet, angemessene Unterkünfte zur Verfügung zu stellen und deren Qualität auch dann zu garantieren, wenn sie durch Dritte bereit gestellt werden. Aber auch hier gibt es einen kleinen Haken. Es fehlt ein

Mietkostendeckel, mit dem der Betrug bei Tarif- und Mindestlöhnen beendet werden könnte.

Ulf Immelt

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt

Drei Wochen gratis.

Probabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Infostand der DKP Gießen



Regel Betrieb und viele Diskussionen am Infostand am 10.10. - und schon viele Unterstützungsunterschriften zur Bundestagswahl 2021 gesammelt.

**Wir sammeln
Unterstützungsunterschriften
für die Landesliste zur
Bundestagswahl 2021
Unterschreibe auch DU!**

Formulare bei uns
(Email an: g.linhart@gmx.de)
oder im Internet erhältlich:

<http://dkp-hessen.de/category/aktuell/>

1. Das Formular bitte mit der Information zum Datenschutz (2. Seite) auf der Rückseite ausdrucken.
2. In der Zeile „Vornamen“ bitte alle Vornamen (wie im Personalausweis) angeben.
3. Ausgefüllte Formulare an das Postfach 110340, 35348 Gießen senden

Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie an weiteren Informationen der DKP Gießen interessiert sind, erreichen Sie uns hier im Internet:

- www.giessen.dkp.de
- facebook.com/dkp-giessen.de
- instagram.com/dkp_giessen
- blog.unsere-zeit.de (UZ)

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründrucken Gießen
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110340, 35348 Gießen,
E-Mail: g.linhart@gmx.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor 20 Jahren berichteten wir über einen bemerkenswerten Erfolg der DKP Hessen. Im Kernkraftwerk Biblis war ein Zwischenlager für CASTOR-Behälter mit hochradioaktiven abgebrannten Brennelementen in Betrieb genommen worden. Für solche Lager muss es, nach einer EU-Richtlinie, ein Programm zur Überwachung der Umgebung geben, so muss u.a. die Neutronendosis gemessen werden. Die DKP Hessen fragte bei der Landesregierung an, ob so ein Programm existiert und wo die Ergebnisse eingesehen werden können. Die Anfrage führte zu einer etwas verspäteten Anordnung eines entsprechenden Messprogramms. Ein Erfolg.

Vor 25 Jahren wollte die

Hoechst AG in der Wetterau zu Versuchszwecken genmanipulierten Weizen aussäen, was in Deutschland verboten ist. Proteste von Umweltschützern konnten die Aussaat verhindern. Ein weiterer Erfolg.

Vor 40 Jahren berichtete das Echo über Missstände in Gießener Kliniken. Die Forderung aus dieser Zeit, z.B. Gleichbehandlung von Kassen- und Privatpatienten, sind auch heute noch aktuell. Damals konnte nur mit Privatpatienten Profit gemacht werden, der den Klinikdirektoren und Chefärzten zufließt. In privatisierten Kliniken wird weiterhin an Kassenpatienten verdient, den Profit streichen vor allem Aktionäre ein.

Gernot Linhart



Der Name der Krise

Obwohl die Krise in Arbeit, Bildung und Freizeit für alle spürbar ist, bleibt ihr Thema als Ganzes schwer greifbar. Von MitschülerInnen, KommilitonInnen und KollegInnen hören wir oft, alle Probleme seien selbstverschuldet, Staat und Betriebe seien pleite und müssten aufs Geld schauen, außerdem könne man ja eh nichts tun.

Mit dem Krisenaktionsprogramm hat die SDAJ nun ein Material



herausgegeben, das uns mit Fakten und Zusammenhängen für solche Gespräche wappnet. Was macht eine Wirtschaftskrise überhaupt aus? Warum sind Krisen im Kapitalismus unvermeidbar? Wie können wir am besten dagegen kämpfen?

Bei der Beantwortung all dieser Fragen müssen wir den

Klassengegensatz verdeutlichen: Während Milliardenhilfen für Banken und Konzerne bereitgestellt werden, sind Millionen Menschen in Kurzarbeit oder haben ihren Job verloren. Für Jugendliche verschlechtern sich die Lernbedingungen, die Aussichten auf Ausbildungsplatz und Job, Perspektivlosigkeit verbreitet sich.

Wir machen deutlich: Nicht Corona macht die Krise, nein, Krisen sind im Kapitalismus normal und treten regelmäßig und notwendigerweise auf. Wir müssen davon ausgehen, dass die jetzige Misere in ihrem Verlauf das Niveau der Weltwirtschaftskrise von 1929 erreichen wird, was eine drastische Verschlechterung der Lage von uns lernenden und arbeitenden Jugendlichen wie der Lage aller Werktätigen bedeutet.

Abwehrkämpfe gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf uns sind richtig, reichen aber nicht aus; die Schwere dieser Krise zeigt, dass es

Organisationen braucht, die die Krisenursache, den Kapitalismus überwinden wollen, Organisationen, die die Kräfte für den Kampf um Sozialismus bündeln: einen revolutionären Jugendverband, die SDAJ, und eine revolutionäre Partei, die DKP.

Das Programm bekommst Du bei der SDAJ.

Cecilia, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

SDAJ Gießen findest du auch auf Facebook oder schreibe an sdaj-marburg@gmx.de



POSITION - das Magazin der SDAJ

1,70 Euro zzgl. Versand

Bestellen unter:

<https://shop.unsere-zeit.de/zeitschriften/>

Der vergessene Kampf für den Frieden

Es ist großartig, wie sich viele Menschen für den Erhalt unserer Umwelt, der Natur, einsetzen, vor allem auch junge bei den Fridays for future oder auch bei dem Schutz des Dannenröder Forsts. Aber der Kampf zur Verteidigung der Zukunft der Menschheit gegen Kriege war einstmal stärker: der Kampf für den Frieden, für atomare und konventionelle Abrüstung. Tausende zogen in den Sechzigerjahren etwa von Darmstadt zum Frankfurter Römer, um dort die große Kundgebung mit Vertretern der Friedensbewegung, Gewerkschaftern und Kulturschaffenden mitzuerleben und mitzugestalten. Heute jedoch ist der Weltfrieden weitgehend unbeachtet und in großer Gefahr. In Fernsehen und Presse blüht Hetze gegen Russland und China. Mensagenicht, Kommunisten würden hier natürlich sozialistische Partnerländer verteidigen: Russland ist bekanntlich kein sozialistischer Staat mehr, China zumindest noch nicht.

Gab es da nicht schon andere Zeiten, als Ost und West sich

in den Armen lagen? Ja, in der Tat. Als Gorbatschow westliche Versprechen, die NATO werde an den Grenzen der deutschen Bundesrepublik Halt machen, glaubte oder ein Narr wie Jelzin Russland regierte, da war die westliche Stimmung durchaus russlandfreundlich. Aber die deutsche Einheit ist mit Betrug



erkauft. Als dieser seinen Sinn erfüllt hatte, verflieg die westliche Freundlichkeit. Kanzleramtsberater Teltschik macht gerade in einem Artikel für „Die Welt“ darauf aufmerksam, wie Putin im Bundestag in deutscher Rede für ein enges Verhältnis zwischen Europa und Russland geworben

hat. Er war sogar für eine NATO-Mitgliedschaft offen. Teltschik sagt, Putin habe sich dabei nicht ernst genommen gefühlt. Besser trifft wohl: er musste merken, dass seine ausgestreckte Hand ausgeschlagen wurde. Es folgte Putins Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz von 2007: „Heute beobachten wir eine fast unbegrenzte, hypertrophierte Anwendung von Gewalt – militärischer Gewalt – in den internationalen Beziehungen, einer Gewalt, welche eine Sturmflut aufeinander folgender Konflikte in der Welt auslöst... Ich bin überzeugt, dass wir heute an einem Grenzpunkt angelangt sind, an dem wir ernsthaft über die gesamte Architektur der globalen Sicherheit nachdenken sollten.“ Man horchte damals auf – und legte die Rede ad acta. Wie lebensgefährlich die Lage für uns alle schon ist, zeigt das Beschaffungsprogramm der Bundeswehr für Kampfdrohnen vom Typ „Heron TP“, durch die auf Knopfdruck hin „weiche“ Ziele, also Menschen, getötet werden können.
Klaus Mewes

Neuausgabe "Signale aus der Zelle" ab sofort erhältlich

Die Neuausgabe enthält den kompletten Text mit Rias Bericht über ihren antifaschistischen Widerstand aus der Broschüre „Signale aus der Zelle“, der Ausgabe von 1992, die zahlreichen Würdigungen Rias im einleitenden Teil der Gedenkausgabe von 2007 und weitere Texte.

Diese Ausgabe soll zusätzlich die Diskussion um die Aufstellung einer Stele zur Ehrung von Ria an prominenter Stelle befeuern.

Ria Deeg - Signale aus der Zelle; erscheint November 2020; Hrsg.: DKP Gießen und VVN-BdA Gießen. Preis: 5,- Euro zzgl. Versand; Bestellung per Email: g.linhardt@gmx.de



UZ - sozialistische Wochenzeitung der DKP Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!



Die Print- und Online-Ausgabe gratis.

Das Abo endet natürlich automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/UZ-ABO>

Leserbrief: Zum Charakter der „Hygienedemos“ (GE 09/20)

Liebe Genossinnen und Genossen, Eure Grundhaltungen zum Imperialismus sind erprobt. Deswegen lese ich das Gießener Echo immer aufmerksam und mit Gewinn. Mir ist klar, dass es keine analytische Zeitung für einen kleinen Kreis ist. Daher sind die Analysen notwendigerweise oft oberflächlich.

Die wegweisende Definition des Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft nach Dimitroff hat Ihr dankenswerter Weise angeführt. Dank den Analysen u.a. von Reinhard Kühnl (Marburger Schule) sind die Übergänge zur anderen Form der bürgerlichen Herrschaft, nämlich des Liberalismus, bekannt.

Nun erleben wir gerade einen Angriff der internationalen Pharmaindustrie und des internationalen Finanzkapitals auf unsere Gesellschaften.

Das Ziel Vernichtung des Mittelstandes zur Erhöhung der Profite und Formierung gesellschaftlicher Ordnungen zum Ausbau staatlicher Gewalt (+ Vereinheitlichung in der

EU) läuft vor unser aller Augen ab. Die Vorgänge haben spürbar faschistischen Charakter.

Die Eigeninteressen der Nationalstaaten lassen sich nebenbei umsetzen (Unterdrückung der katalanischen Emanzipation in Spanien, Unterdrücken der Gelbwesten in Frankreich usw.).

Der Mittelstand wehrt sich spontan, was wir unter dem Begriff „Hygienedemos“ beobachten können. Die wertvollsten Analysen stammen von einem Vertreter der Marburger Schule, von Hermann Ploppa.

Leider finden sich unter den Linken hauptsächlich Abgrenzungen zur aktuell stärksten Bewegung in Europa, statt eines positiven Aufgreifens. Dass die Bewegung im sozialistischen Sinne nicht bewusst ist, ist selbstverständlich. Sie kann es durch Abgrenzung sicher auch nicht werden.

Klaus Henzelmann

Antwort zum Leserbrief

Zum Brief unseres Lesers möchten wir anmerken:

Wenn unsere chinesischen, vietnamesischen und kubanischen Genossen von einer Gefährlichkeit des Coronavirus ausgehen, die weitgehende Maßnahmen in ihren Ländern rechtfertigt, gibt es keinen Grund, die Gefahren anzuzweifeln.

Allerdings stellen wir fest, dass bei uns unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung die Lasten einer Krise, die aufgrund der Überproduktion in den kapitalistischen Staaten sowieso gekommen wäre, auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden. Notwendig ist eine linke Bewegung, die darüber aufklärt und dagegen kämpft.

Kreisvorstand DKP Gießen

Wir trauern um unseren mutigen Mitstreiter und
entschiedenen Kämpfer gegen Hartz IV und die
Schikanen des Jobcenters

Detlef Schneider

geb. 22.8.1961 – gest. 18.10.2020

Erika und Michael Beltz, Teimour Khosravi, Martin Wagner
und die weiteren Gießener Montagsdemonstranten
gegen Hartz IV

Jeden Montag,
18 bis 19 Uhr
bei den
3 Schwätzern

**Protest
gegen Hartz IV**

**Redaktionsschluss für
Dez.-Echo: Mi., 25. Nov.**

31.10.2020 ab 10:30 Uhr:
Infostand der DKP Gießen
am Kugelbrunnen

09.11.2020 um 18:00 Uhr:
Kundgebung der Gießener
Antifaschisten am Berliner Platz

21.11.2020 ab 10:30 Uhr:
Infostand der DKP Gießen
Seltersweg 15

18.12.20
Jahresabschlussfeier der DKP
Gießen und SDAJ - Ort und Uhrzeit
geben wir rechtzeitig bekannt



Der Faschismus war kein Nationalsozialismus!

Es ging bei der Demonstration zum 9.11. nie nur um Gedenken, sondern immer auch um die Kritik der aktuellen kapitalistischen Verhältnisse. An dieser Praxis entstehen immer wieder Konflikte in dem Bündnis der Veranstalter. Den bürgerlichen Kräften war es naturgemäß ein Graus, ständig daran erinnert zu werden, dass es ohne Kapitalismus keinen Faschismus gibt. Der antifaschistische Kampf ist heute notwendiger als je zuvor!

Deshalb kommt zur Kundgebung zum Gedenken an die Reichspogromnacht am 09./10. November 1938 (siehe links).



**Nie wieder Krieg!
Nie wieder Faschismus!**